

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 14

Artikel: Renaissance des Liberalismus? [Schluss]
Autor: Kautsky, Benedikt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335134>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

24. JAHRGANG - OKTOBER 1945 - HEFT 14

Renaissance des Liberalismus?

Von Dr. Benedikt K a u t s k y

(Schluß)

Krise des Liberalismus

Lange bevor jedoch der moderne Sozialismus eine maßgebende politische Macht wurde, geriet der Liberalismus in die schwerste Krise seiner Entwicklung. Hatte die erste Krise nach Beendigung der napoleonischen Kriege die sozialpolitische Kritik erweckt, hatten die weiteren regelmäßigen Krisen immer wieder Anlaß zu erneuten Debatten über die Zweckmäßigkeit des liberalen Wirtschaftssystems geboten, so hatten die zwischen den Krisen gelegenen Perioden der Hochkonjunktur immer wieder die Kritik zum Schweigen gebracht. Die Krisen waren meist kurz und wurden als Unzulänglichkeiten des Systems abgetan, die durch die stürmische Aufwärtsbewegung der guten Jahre mehr als wettgemacht würden.

Dies wurde anders, als in den siebziger Jahren eine langdauernde, schwere Krise ausbrach, die ihre Ursachen offensichtlich in einer völligen Strukturänderung der kapitalistischen Wirtschaft hatte: Erschließung der nordamerikanischen Prärien für den Getreideanbau und -export, Verlagerung des Schwergewichts von der bisher führenden Textilindustrie auf die Schwerindustrie, Beendigung der Vorherrschaft Englands auf den Weltmärkten, um nur einige der wichtigsten zu nennen.

Namentlich die Agrarkrise hatte weitgehende politische Folgen. Die Großgrundbesitzer der europäischen Getreideexportgebiete wechselten von der liberalen auf die konservative Seite hinüber: aus Freihändlern wurden die Schutzzöllner. Besonders auffallend war diese Schwenkung in Deutschland, wo sie sich unter der Führung *Bismarcks* vollzog, gleichzeitig mit einer Reihe anderer grundlegender Änderungen in Wirtschaft und Politik.

Vor allem erfolgte mit der Schwenkung der Großgrundbesitzer, bei denen sich der Liberalismus im wesentlichen auf die wirtschaftliche Seite seines Programms bezogen hatte, ein tiefer Einbruch in die Reihen des liberalen Bürgertums. Der größte Teil der deutschen Liberalen, die Nationalliberalen, die sich schon nach 1866 als *Bismarcks* Getreue bekannt hatten und mit deren Hilfe er die Reichsgründung als großpreußische Lösung bei gleichzeitiger Annexion von Elsaß-Lothringen vollzogen hatte, verzichtete jetzt auf den letzten Rest des Liberalismus; gleichzeitig mit

den Agrarzöllen führte man die Eisenzölle ein, hinter deren Schirm dann die Kartelle gebildet wurden – die Kinder der Not, wie man sie nannte, weil sie in Krisenzeiten als kapitalistisches Mittel der Marktregelung entstanden. So wurde die Grundlage für den deutschen Monopolkapitalismus geschaffen, der auf dem politischen Bündnis von Schwerindustrie und Großgrundbesitz beruhte, das Deutschland dann bis 1914 regierte.

Um dieselbe Zeit aber legte Bismarck auf dem Berliner Kongreß den Grundstein für die europäische Mächtegruppierung, die die Ursache des ersten Weltkrieges wurde. Als er Rußland verhinderte, die europäische Türkei zu liquidieren und die Balkanslawen zu befreien, da kettete er Deutschland an das immer morscher werdende Österreich, um sich der Hilfe der österreichischen Deutschen in der Beherrschung der slawischen Welt zu versichern, und stellte Deutschland dadurch mitten hinein in die Wirren, die in Österreich und auf dem Balkan durch den unaufhaltsamen Zerfall der Doppelmonarchie und der Türkei entstanden. Damit machte er Rußland zum Gegner Deutschlands und kittete die russisch-französische Allianz, für die er die erste Voraussetzung in der Annexion Elsaß-Lothringens geschaffen hatte. Wohl war er klug genug, die Feindseligkeit Rußlands in Grenzen zu halten und sich vor allem die Freundschaft Englands und damit die Italiens zu bewahren – aber er legte selbst durch seine kolonialpolitischen Erwerbungen den Grund für die Weltpolitik Deutschlands und all seine diplomatischen Finessen können seine historische Schuld nicht tilgen, daß er durch den Bruch mit der liberalen Vergangenheit die Voraussetzungen für die monopolistisch-militaristisch-imperialistische Politik geschaffen hat, die die Welt in den ersten Weltkrieg stürzte.

Diese Schwenkung vollzog sich auf dem Hintergrund einer starken antiliberalen Strömung, die nahezu alle Volkskreise ergriffen hatte und deren Ursache in der schweren Dauerkrise zu suchen war. Es ist charakteristisch, daß Hayek diese Zusammenhänge überhaupt nicht schildert, daß er gar nicht erwähnt, Deutschland habe einmal eine liberale Wirtschaftspolitik betrieben, die durch die Schuld des *Bürgeriums* zerschlagen wurde, das sich weiterhin, wie zum Hohn, liberal nannte. Das hätte allerdings die so einfache Konstruktion stören müssen, der «Sozialismus» sei an allem schuld. Man hätte sonst wohl erwähnen müssen, daß das Jahr der großen Schwenkung in Bismarcks Politik das Jahr des Berliner Kongresses, auch das Jahr des *Sozialistengesetzes* war und daß nur ein Häuflein süddeutscher Liberaler und Demokraten – abgesehen von den nationalen Minderheiten, die grundsätzlich Opposition machten – zusammen mit der kleinen sozialdemokratischen Fraktion den Kampf gegen Bismarck führte, und zwar ebensowohl gegen seine allgemeine wie gegen seine Handelspolitik.

Von diesem Kampf ließ sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft auch nicht abbringen, als sich zur Peitsche des Sozialistengesetzes das Zuckerbrot der Sozialpolitik gesellte – wie überhaupt schon in dieser ersten Krise des Liberalismus kein Element seiner letzten Krise fehlte. Derselbe Schwindel mit der sozialen Drapierung der Reaktion, der Antisemitismus als Konkurrenz des Sozialismus, der Chauvinismus, der Glaube an die Gewalt, an «Blut und Eisen», die Willkür der Verwaltung an Stelle

von Recht und Gesetz — alles ist vorhanden, sogar die Verwendung des allgemeinen Wahlrechts als Stütze der Reaktion. Freilich war das Bismarcksche Experiment nur eine Nachahmung des Bonapartismus Napoleons III., der der eigentliche geistige Vater jeder faschistischen Praxis ist.

Wenn sich diese Keime damals nicht zu einem vollen Faschismus ausgewachsen konnten, so vor allem deshalb, weil die Träger der faschistischen Idee, die massenhaft Entwurzelten und Deklassierten, die nach dem ersten Weltkrieg vor allem als Ergebnis der phantastischen deutschen Inflation herumliefen, fehlten; im Zweiten Kaiserreich Napoleons III. finden sich auch auf diesem Gebiet ganz schöne Ansätze, und Bismarck selbst scheute sich nicht, den Staat ungeniert für seine Privatzwecke in Anspruch zu nehmen. Freilich paßt sein finanzieller Berater Gerson Bleichröder nicht ganz zu dem idealen Bild, das der deutschen Nation von ihrem Heros gemacht worden ist, und wird deshalb selten erwähnt.

Aber wenn es auch zu keinem ausgesprochenen Faschismus kam, von dem Schlag, den der Liberalismus in dieser Zeit in Mittel- und Osteuropa erlitt, hat er sich nie wieder erholt. In einer Beziehung ist die Parallele zur Gegenwart vollkommen: es war die *Wirtschaftskrise*, die die Krise des Liberalismus hervorrief — damals wie heute.

Von diesem Thema spricht Hayek aber überhaupt nicht, und damit weicht er der entscheidenden Erörterung aus. Man sollte es wohl nicht für möglich halten, daß ein Buch von so hohen Ansprüchen über die Entscheidung zwischen Liberalismus und Sozialismus geschrieben werden kann, in dem das Problem der Wirtschaftskrise überhaupt nicht erörtert wird⁴.

Es erscheint mir durchaus diskutabel, daß die ganzen Fragen, die mit dem Klassengegensatz zusammenhängen, vollständig andere Entscheidungen in der Politik gefunden hätten, wenn es keine Krisen geben würde. Wir haben es mehr als einmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung beobachten können — etwa in den fünfziger oder neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts oder in der siebenjährigen Hochkonjunktur der amerikanischen Wirtschaft in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts —, wie rasch sich in Zeiten länger dauernder Prosperität die Klassengegensätze abstumpfen und reformistische Gedankengänge Boden gewinnen. In diesen Zeitabschnitten wuchs das Einkommen der Arbeiter so rasch, daß sie das Interesse theoretischer Erwägungen verloren. Ob sich das zu einem Dauerzustand hätte entwickeln können, vermag niemand zu sagen, weil stets eine Krise dazwischen kam, die das Illusorische aller Hoffnungen auf eine automatische Aufwärtsentwicklung der Arbeiterschaft im Rahmen des Kapitalismus bewies.

Die Krise ist also der Prüfstein, an dem die Menschheit den Wert der Gedankensysteme ermißt, die die heutige Wirtschaft beeinflussen wollen; damit ist der Wert eines Buches gekennzeichnet, das einer Erörterung dieser Frage völlig aus dem Wege geht. Hayek kann nicht leugnen, daß es «das äußerst wichtige Problem der Bekämpfung der Konjunkturschwankungen und der periodischen Massenarbeitslosigkeit» gibt und meint:

⁴ Das Wort «Krise» fehlt im Sachregister!

«Gewiß wird zu seiner Lösung viel Planung in gutem Sinn notwendig sein.» Aber Planung welcher Art? «Viele Nationalökonomten hoffen tatsächlich, daß die letzte Lösung auf dem Gebiet der Währungspolitik gefunden werden kann ... Andere glauben allerdings, daß ein wirklicher Erfolg nur von öffentlichen Arbeiten erwartet werden könne.» Hayek «hofft» und «glaubt» weder «tatsächlich» noch «wirklich», sondern ist nur dafür, «vorsichtig zu Werk» zu gehen, denn «dies ist weder der einzige noch ... der aussichtsreichste Weg, um der schwersten Bedrohung der wirtschaftlichen Sicherheit zu begegnen.» (Seite 158 f.) Aber welchen Weg er vorschlägt, erfährt der Leser nicht. Dieser muß sich damit begnügen, festzustellen, daß Hayek offensichtlich den Optimismus seines Kollegen nicht teilt, und darin ist ihm zweifellos recht zu geben, denn die in der Geschichte öfter fehlgeschlagenen Versuche von Zins- und Währungsmanipulationen wie auch von öffentlichen Arbeiten in großem Stil sprechen eine nur zu deutliche Sprache. Sie mögen helfen, die Krisen zu lindern, sie können sie nicht unmöglich machen. Wenn also der Liberalismus sich selbst für unfähig erklärt, die Krisen zu verhindern, so hat er damit sein eigenes Todesurteil gesprochen.

Der soziale Liberalismus

Der Liberalismus in Deutschland und den unter seinem geistigen Einfluß stehenden Ländern hat die Krise der siebziger und achtziger Jahre nie überwunden. Im Bürgertum starb er so gut wie vollständig aus, lediglich gewisse intellektuelle und Wirtschaftskreise, als dessen Sprachrohr die «Frankfurter Zeitung» auftrat, hielten seine Fahne hoch⁵. Der letzte Rest von echtem Liberalismus war in der deutschen Sozialdemokratie zu finden, und zwar nicht etwa nur der Freiheitsbegriff, sondern auch die liberale Wirtschaftspolitik. Wenn Hayek, statt von einer vorgefaßten Meinung über den Marxismus auszugehen, die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wirklich studiert hätte, dann hätte er beispielsweise ihren Kampf gegen die Schutzzölle zum Anfang dieses Jahrhunderts unmöglich übersehen können; dann wüßte er aber auch, daß diese freihändlerische Praxis auf einer theoretischen Grundlage beruht, die Marx in seiner 1847 gehaltenen Rede über den Freihandel geschaffen hatte.

War die geistige und politische Isolierung der deutschen Sozialdemokratie von den übrigen Parteien in dieser Zeit die Quelle ihrer großen Erfolge, so war sie für die Zukunft keineswegs ohne Gefahren. Da die vom Bürgertum wie von der in Preußen immer noch herrschenden Jun-

⁵ Bei dieser Armut an deutschen Liberalen ist es mehr als verwunderlich, wenn Hayek ein Exemplar dieser seltenen Spezies leichtfertig an den Marxismus abtritt. Es ist völlig unerfindlich, warum er den Pfarrer Friedrich Naumann zum «ehemaligen Marxisten» stempelt; dieser hat zwar manche Wandlung mitgemacht — vom Anhänger eines sozialen Kaisertums bis zum Organisator von Mitteleuropa unter imperialistisch-deutscher Führung im ersten Weltkrieg, aber mit dem Marxismus hat er nie das mindeste zu tun gehabt. Was Hayek damit meint, daß er von ihm als einem «andern» ehemaligen Marxisten spricht (Seite 218), bleibt sein Geheimnis; denn kurz vorher nennt er Rathenau, Wilhelm Ostwald und Plenge — keiner von ihnen stand jemals dem Marxismus nahe. Solche Schlampeereien, wenn sie auch nur sprachlicher Natur sein sollten, dürften einem gelehrten Professor eigentlich nicht unterlaufen.

kerkaste als Staatsfeind angesehene Sozialdemokratie allein zur Verfechterin liberaler und demokratischer Grundrechte wurde, ließen die herrschenden Schichten es nicht zur Entwicklung eines echten Parlamentarismus kommen, fand dieser aber auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft keinen dauernden Rückhalt, als andere Methoden raschere Erfolge versprachen.

Wie anders verlief die Entwicklung in England und den Kleinstaaten mit liberaler Wirtschafts- und demokratischer Staatspolitik (Schweiz, Niederlande, Belgien und die drei skandinavischen Länder — übrigens alles — bis auf Belgien, das etwas andere Züge aufweist — protestantische Länder). Hier wurde die Krise des Liberalismus durch eine innere Wandlung überwunden. Was in den reaktionären Ländern nur als Köder für die Arbeiterschaft gedacht war, um sie reaktionären Ideen dienstbar zu machen, die Sozialpolitik, das wurde hier zum inneren Gehalt des Liberalismus. Der öde und flache Manchesterliberalismus wurde abgelöst durch den sozialen Liberalismus. Nicht mehr gezwungen durch konservative Konkurrenz oder durch den Druck des organisierten Proletariats, sondern freiwillig, wurde der Liberalismus zum Träger der Sozialpolitik, und man kehrte sich nicht an die alten Einwendungen gegen die Einmischung des Staates in die Wirtschaft, von denen manche liberalen Theoretiker genau dieselben Folgen prophezeien wie heute Hayek und seinesgleichen von der Planwirtschaft.

Der kühne Entschluß des Liberalismus hat sich gelohnt, nicht nur für die liberalen Parteien, für die eine neue Blüte anbrach — besonders in England, wo jetzt die Arbeiterschaft völlig in die Gefolgschaft des Liberalismus überging —, sondern darüber hinaus für die Staaten, in denen der Arbeiter nunmehr vollständig gleichberechtigt neben die alten Parteien trat und die Staatseinrichtungen schätzen und gebrauchen lernte. In diesen Jahrzehnten wurde die von der Französischen Revolution von 1789 angebahnte Einheit von Demokratie und Liberalismus zur Wirklichkeit, und wenn sich heute die «schweigende Revolution» in England so reibungslos vollzieht, so ist das vor allem dieser Entwicklung zu verdanken. Aber vorher noch sollte diese Einheit ganz andere Feuerproben siegreich bestehen.

Die Anbetung der Gewalt

Die vorhin angedeutete Entwicklung in Deutschland und Österreich, auf die wir hier nicht näher eingehen können, führte zum ersten Weltkrieg. Das jäh aufflammende Nationalgefühl, die Angst vor einer feindlichen Invasion, verbunden mit unklaren Reminiszenzen aus früheren Jahrzehnten an den Kampf gegen den Zarismus, überrumpelte die deutsche Arbeiterklasse und ihre Führung und ließ es zu der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 kommen — wohl einem der folgenschwersten Irrtümer, die die Arbeiterbewegung je erlebt hat. Sie riß das deutsche und bei deren führender Stellung fast das ganze internationale Proletariat in den Strudel der einander widersprechenden Tendenzen hinein. Vom prinzipiellen Pazifismus bis zur schrankenlosen Unterstützung der nationalistischen Siegespropaganda waren alle Tendenzen vertreten —

kein Wunder, daß es über der Frage der Kriegsziele zur Spaltung kam, die seither die Arbeiterbewegung in zwei Parteien getrennt hat, wenngleich schon lange an die Stelle der ursprünglichen Gründe ganz andere getreten sind.

Im ersten Weltkrieg bewährte sich die Demokratie glänzend. Zwar brachte die wohlvorbereitete Kriegsmaschine Deutschland in die Reichweite des Sieges, aber als der Siegeslauf einmal abgestoppt war, erwies sich die moralische Überlegenheit des demokratischen Systems, das jedem Soldaten die Überzeugung verlieh, für seine eigene Sache zu kämpfen, während der Deutsche für ein ihm innerlich fremdes System fechten sollte. Darüber hinaus aber wurde die Kriegsmaschinerie der Demokratien nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten viel leistungsfähiger als die deutsche, denn diese beruhte nur auf Gehorsam, jene aber auf demokratischer Selbstdisziplin. Die größere Anpassungsfähigkeit gab hier den Ausschlag; die leichtere Beweglichkeit führte auch zur größeren Aufgeschlossenheit gegenüber technischen Neuerungen; es ist kein Zufall, daß der Tank auf englischer Seite entwickelt wurde.

Es ist eine alte Erfahrung, daß Druck stets Gegendruck, Gewalt von der einen stets Gewalt von der andern Seite erzeugt. Gewaltanwendung liegt allen jenen Gruppen und Parteien nahe, die als Minderheiten herrschen wollen. Die auf dem Mehrheitsprinzip aufgebaute Demokratie benötigt die Gewalt nicht und verabscheut sie. Aristokratien und Diktaturen dagegen suchen die ihnen fehlende Hilfe einer Mehrheit durch Gewalt zu ersetzen. Das gilt für Diktaturen bisher herrschender ebenso wie die bisher unterdrückter Schichten.

Der moderne Sozialismus ist seinem Wesen nach stets demokratisch. Er hat die Gewalt als Herrschaftsmethode stets abgelehnt, allerdings nie bestritten, daß er unter Umständen genötigt sein könnte, eine reaktionäre Regierung, die sich dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung widersetzt, mit Gewalt zu stürzen. Alle Debatten über Marx-Zitate aus dieser oder jener Epoche, über frühere Parteiprogramme oder Theorien sind unfruchtbar, wenn sie auch historisches oder philologisches Interesse haben mögen: niemals hat sich eine moderne sozialistische Partei anders als eine demokratische betrachtet und niemals hat sie daran gedacht, als Minderheit einer Mehrheit ihren Willen mit Gewalt aufzuzwingen. Eine ganz andere Frage ist es, ob eine sozialistische Mehrheit ohne Gewaltanwendung regieren kann; diese Frage wird in erster Linie nicht von ihr, sondern von den in die Minderheit geratenen bürgerlichen Parteien abhängen. Wenn sie ihren Abtritt überall so reibungslos vollziehen, wie jetzt in England oder Schweden, dann wird kein Sozialist an Gewaltanwendung denken. Aber ich glaube, auch Professor Hayek wird mir zustimmen, wenn ich finde, daß die deutsche Sozialdemokratie nach 1918 ruhig mit etwas mehr Gewalt gegen rechts hätte regieren können.

Die Gewalt als Herrschaftsprinzip oder gar als Mittel der Wirtschaftsorganisation entstammt also nicht dem theoretischen Gehalt des Sozialismus, vor allem nicht des Marxismus. Wenn dieses Element im ersten Weltkrieg eine solche Kraft gewinnt, daß es auch sozialistische Gruppen beeinflußt, so ist das natürlich in erster Linie dem Krieg zuzuschreiben,

in zweiter Linie aber Gedankengängen, die in der Arbeiterbewegung stets neben, zum Teil im Streit mit dem Marxismus wirksam waren. Diese Gedankengänge entsprechen dem Wesen schwacher Arbeiterparteien, die nicht hoffen können, in absehbarer Zeit auf demokratischem Wege zur Herrschaft zu kommen und die deshalb diesen Weg abkürzen wollen. Es war dies ursprünglich der Anarchismus, vor allem Bakuninscher Prägung, später der Syndikalismus, der seine Herkunft vom Anarchismus nicht verleugnen kann.

Nun fällt es mir natürlich nicht ein, Adam Smith mit Lenin und Stalin einerseits, und mit Mussolini und Hitler anderseits und vielleicht gar noch diese vier untereinander in eine Linie zu stellen. Aber es ist nun einmal so, daß sich geistige Bewegungen voneinander nicht leicht abgrenzen lassen, und daß man beim näheren Nachforschen die erstaunlichsten Funde an entlehntem und verarbeitetem Gedankengut machen kann. Aber meist sind gerade nicht diese, häufig nur losen Zusammenhänge, sondern umgekehrt die Differenzen charakteristisch, und so kommt es zweifellos nicht darauf an, die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge zwischen Liberalismus und Faschismus oder zwischen Bakuninismus und Bolschewismus herauszuarbeiten. Aber was dem Liberalismus recht ist, muß auch dem Marxismus billig sein; man darf es sich nicht so bequem machen und alles in den Topf des Marxismus werfen. Was muß da für ein Zerrbild entstehen, wenn man unterschiedslos Sombart und Plenge, Naumann und Lensch, Stalin und Lenin als Marxisten bezeichnet. Diese Methode der absichtlichen Verwischung der Grenzen ist zwar für den Zweck des Hayekschen Buches sehr bequem, macht aber jede wissenschaftliche Erkenntnis unmöglich. Es ist wirklich enttäuschend, zu sehen, wer in diesem Buch, das von der bürgerlichen Presse als große wissenschaftliche Tat gepriesen worden ist, als Vertreter des deutschen Sozialismus erscheint. Man sollte erwarten, Karl Kautsky und Rosa Luxemburg, Eduard Bernstein und Franz Mehring, Otto Bauer und Rudolf Hilferding, vielleicht auch Eduard David und Heinrich Cunow genannt zu hören — die Liste der Vertreter verschiedenster Tendenzen ist nicht gerade klein —, aber statt dessen Sombart und Plenge, die beide nie Sozialisten, geschweige denn Marxisten waren, wenn sie sich auch mit mehr oder minderem Erfolg mit ihm beschäftigt haben, Lensch, der wenigstens eine Zeitlang Parteimitglied war, im ersten Weltkrieg aber ganz aus der Partei nach rechts hinausrutschte, und gar Spengler und Moeller, van den Bruek, ausgesprochene Faschisten, vorgesetzt zu bekommen, ist erstaunlich. Wenn man sich selbst das Thema so verschiebt, dann ist eine Lösung der Probleme völlig unmöglich; weil Hayek nicht den Mut oder die Kenntnisse hat, die Dinge so darzustellen, wie sie wirklich liegen, geht sein Buch — leider! — an den eigentlichen Grundfragen völlig vorbei.

Wir demokratischen Sozialisten können den Anspruch erheben, endlich in unseren wesentlichen Differenzen von den Kommunisten anerkannt zu werden. Die Herkunft von der gemeinsamen Quelle des Marxismus ist heute nicht mehr so interessant wie die heute geltenden Unterschiede, und gar die Bedeutung der Frage, wer sich mit mehr oder weniger Recht auf Marx und Engels beruft, wird mit den völlig neuen Verhältnissen mit

der rasend schnellen Herausbildung bisher unbekannter sozialer, technischer und ökonomischer Verhältnisse gleichzeitig schwerer zu entscheiden und von immer geringerer Bedeutung. Wir handeln einzig und allein dann im Sinne unserer Lehrmeister, wenn wir die von ihnen überlieferten Elemente und Denkmethode der sich stets wandelnden Wirklichkeit anpassen.

Das Ende des Liberalismus

Die Idee der Gewalt drang also während des ersten Weltkrieges tief in die Gehirne der nicht demokratisch erzogenen Massen ein. Mit ihrer Hilfe bauten die Kommunisten in Rußland einen diktatorisch regierten Staat, von dem sie in kurzer Zeit die Verwirklichung des Sozialismus in aller Welt erhofften. Der Fehlschlag dieser Hoffnung ließ sie nach manchen Schwankungen das Experiment des «Sozialismus in einem Land» machen. Auch heute ist es nach kommunistischer Darstellung noch nicht so weit, daß man von einem vollendeten Sozialismus sprechen könnte. Wir wollen hier nicht auf die Debatte eingehen, ob im heutigen Rußland die kapitalistischen oder die sozialistischen Tendenzen überwiegen; sicher ist eines, daß Rußland mit Hilfe seiner Methode eine Industrie aufbauen konnte, die die Grundlage des Widerstandes gegen die faschistische Kriegsmaschinerie bildete. Die Frage, ob es diesen Widerstand ohne die Hilfe der demokratischen Mächte erfolgreich hätte leisten können, braucht uns hier nicht zu beschäftigen; sie ist für unser Thema unwesentlich.

Jedenfalls steht eines fest, daß man mit Hilfe der russischen Methode eine gewaltige Entwicklung der Industrie erzielen kann, daß sich gleichzeitig — natürlich nicht im Krieg — die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben hat, daß das Analphabetentum verschwunden ist und anderes mehr. Ebenso steht fest, daß diese Entwicklung von der Arbeiterschaft gewaltige Opfer gefordert hat, und daß die russische Methode der Planwirtschaft Krisen nicht hat vermeiden können, die sich sowohl als zeitweilige und örtliche Arbeitslosigkeit wie auch als Arbeitermangel, als Warenüberschüsse und als Warenmangel kundgaben, Immerhin haben diese Krisen weder die Dauer noch die Intensität der Krise erreicht, die, von 1929 angefangen, die ganze kapitalistische Welt erschütterte.

Diese Krise mit ihren ungeahnten Aspekten bedeutete das Ende des Liberalismus. War es nach Beendigung des ersten Weltkrieges verhältnismäßig rasch gelungen, die Kriegsorganisationen praktisch abzubauen und theoretisch alle Formen von «Kriegssozialismus!» zu überwinden, so ließen die labilen Verhältnisse der zwanziger Jahre die letzten Reste liberaler Wirtschaftspolitik verschwinden. Die Zerrüttung vieler Währungen, die Autarkiepolitik der neuentstandenen Kleinstaaten, die mehr psychologischen als ökonomischen Wirkungen der vollkommen verfehlten Politik Deutschland gegenüber, besonders auf dem Gebiete der Reparaturen, das damit im Zusammenhang stehende bedrohliche Aufflammen des Nationalismus — all das ließ auch in den Ländern mit eingewurzelter Liberalismus die Überbleibsel liberaler Wirtschaftspolitik verschwinden. Schutzzölle, Staatssubventionen, Ein- und Ausfuhrverbote, Devisenkontrollen wurden überall, zuletzt auch in England, die Regel.

Mögen diese antiliberalen Maßnahmen lokale Krisen gemildert haben, die Weltkrise wurde durch sie zweifellos verschärft. Diese Entwicklung ließ in Deutschland die Verzweiflung auf den höchsten Punkt ansteigen. Bemerkenswerterweise war es aber nicht das Proletariat, das doch die schwersten Opfer zu tragen hatte, sondern das Bürgertum, das sich der Führung seiner deklassierten Elemente widerstandslos ergab. Dem sehr instruktiven Tabellen- und Tafelwerk W. Dittmanns «Das politische Deutschland vor Hitler» (Europa-Verlag) können wir entnehmen, wie sich die Stimmenzahlen der einzelnen Parteien bei den letzten Wahlen zum Deutschen Reichstag entwickelten. Es erhielten in Millionen Stimmen am

	20. V. 1928	14. IX. 1930	31. VII. 1932	6. II. 1932	5. III. 1933
Sozialdemokraten	9,2	8,6	8,0	7,2	7,2
Kommunisten	3,3	4,6	5,3	6,0	4,8
Proletarische Parteien zusammen	12,5	13,2	13,3	13,2	12,0
Zentrum					
(einschl. Bayr. Volkspartei)	4,7	5,2	5,8	5,3	5,5
Deutschnationale	4,4	2,6	2,2	3,0	3,1
Deutsche Volkspartei	2,7	1,7	0,4	0,7	0,4
Kleine Parteien	4,3	4,9	1,1	1,1	0,6
Demokraten	1,5	1,2	0,4	0,3	0,3
Bürgerl. Parteien ohne Zentrum	12,9	10,4	4,1	5,1	4,4
Nationalsozialisten	0,8	6,4	13,8	11,7	17,3
Bürgerliche u. Nationalsozialisten	13,7	16,8	17,9	16,8	21,7

Wenn wir von der letzten Wahl absehen, die nicht mehr unter normalen Bedingungen stattfand — sowohl der Terror wie die Wahlfälschung wirkten zugunsten der beiden Regierungsparteien (Nationalsozialisten und Deutschnationale)⁶ —, so sehen wir eigentlich eine bemerkenswerte Stabilität der großen drei Gruppen: Proletarische und bürgerliche Parteien sowie die konfessionelle Partei des Zentrums. Die Verschiebungen, die die Grundlage des Umsturzes in Deutschland bildeten, vollzogen sich innerhalb der beiden Gruppen, während das Zentrum bemerkenswert stabil bleibt: von den Sozialdemokraten zu den Kommunisten, von den bürgerlichen Parteien zu den Nazi. Der Wechsel innerhalb der proletarischen Parteien beweist die Zunahme des Glaubens an die Gewalt, bedeutete aber keine Bedrohung des Weltfriedens; denn kein Mensch kann Rußland in der damaligen Epoche krieglerische Absichten nachsagen. Anders bei den bürgerlichen Parteien. Daß die Deutschnationalen und die Mittelstandsparteien an die Nazi Stimmen abgaben, ist bei der inneren Verwandtschaft kein Wunder. Katastrophal aber waren die Stimmenverluste der «Liberalen»; hier ist eine vollständige Kapitulation vor dem Nationalsozialismus zu verzeichnen.

Wenn man also von «Schuld» sprechen will — können die heutigen Verfechter des Liberalismus wirklich erwarten, daß Sozialisten und Klerikale seine Sache führen sollten, wenn das liberale Bürgertum selbst abdankte? Hier liegt die Wurzel des ganzen Problems — übrigens nicht nur in Deutschland, sondern in fast ganz Mittel- und Südosteuropa. Das Bür-

⁶ Die Zahl der «Nichtwähler» ging von 8,9 auf 5,3 zurück! Es wird nie zu entscheiden sein, ob diese Leute durch Terror gezwungen wurden, für die Nazi zu stimmen oder ob irgendein gefälliger Mithürger für sie den Stimmzettel abgab.

gertum hat sich vom Faschismus überrennen lassen, es war so dumm, sein gutes Geld in die Finanzierung einer Bewegung zu stecken, die ihm zum Verderben werden sollte. Die deutsche Schwerindustrie und die ostelbischen Junker, ohne deren Unterstützungen Hitler nie zur Macht gekommen wäre, glaubten, «den böhmischen Gefreiten» nach Hause schicken zu können, wenn er die Arbeiterschaft niedergeschlagen haben würde. Als sie erkannten, daß sie sich einer Horde von Landsknechten ausgeliefert hatten, die die Staatsmacht nur zu Zwecken der Plünderung verwenden wollten, da war es zu spät.

Wenn es auch keineswegs richtig ist, den Faschismus als *die* Spätform des Kapitalismus anzusehen, so darf man doch nicht bestreiten, daß der Kapitalismus dem Faschismus in den Sattel geholfen hat, und daß weite bürgerliche Kreise sich nicht nur mit ihm abgefunden, sondern recht gute Geschäfte mit ihm gemacht haben. Die Anklagen gegen die «autoritäre» deutsche Sozialdemokratie sind ganz falsch; wenn man ihr etwas zum Vorwurf machen kann, so umgekehrt ihr Festhalten an den liberalen Gedanken von der Unverletzlichkeit der Person und vom Rechtsstaat und an den parlamentarischen Spielregeln zu einer Zeit, da ganz andere Grundsätze am Platz gewesen wären. Wenn die deutschen Bürger nur so vom Geist des Liberalismus erfüllt gewesen wären wie die Sozialdemokraten — nie hätte Hitler seinen Triumph erlebt. Aber der Mangel an Zivilcourage, die Feigheit auf geistigem Gebiete, die so seltsam kontrastiert zum soldatischen Mut der Deutschen, ließen es hier nie zur Ausbildung eines echt demokratischen Liberalismus kommen. Von der Liebedienerei der deutschen Wissenschaftler, die sich durch den Mund von Du Bois-Reymond, einem bedeutenden Physiologen, als die «geistige Leibgarde der Hohenzollern» bezeichnen ließen, weiß Hayek selbst genug zu erzählen (Seite 237 ff).

Kein Wunder, daß Hitler unter diesen Umständen in Deutschland zur Macht kam, aber wohl ein Wunder, daß man in der Welt draußen seine Gefährlichkeit nicht erkannte. Dieselben Kreise, für deren Sache Hayek heute plädiert, waren damals nur zu sehr geneigt, ihn gewähren zu lassen. «Gott, ja, es ist nicht gerade schön, wie er sich benimmt, aber was wollen Sie, er ist eben ein Parvenu, er wird sich die Hörner schon abstoßen... Und ganz so schlimm, wie die Juden und Polen behaupten, wird's schon nicht sein, die übertrieben doch immer... Und schließlich, gegen die Sowjets ist er unter Umständen ein gutes Gegengewicht.» So lassen sich vielleicht die Gedankengänge englischer, französischer, amerikanischer Bourgeois zusammenfassen, die durch ihre Duldung, zum Teil aber auch ihre praktische Politik dasselbe Spiel spielten wie die deutschen Schwerindustriellen, und die Hitler seine internationalen Erfolge ermöglichten. Später wunderten sie sich, daß Hitler sie belogen hatte, und Chamberlains Eingeständnis nach Besetzung der Rumpfschechoslowakei durch die Deutschen, er sei noch nie so betrogen worden wie durch Hitler, bezeugt ebenso Hitlers Verlogenheit wie Chamberlains beabsichtigte oder unbeabsichtigte Leichtgläubigkeit.

Wenn das Bürgertum dann den totalen Staat und den totalen Krieg erlebte und beide zusammen das Ende des Liberalismus brachten, so soll

es zunächst einmal seine eigene Schuld feststellen und sich fragen, was es zunächst einmal seine eigene Schuld feststellen und sich fragen, was man zu retten.

Aber das Bürgertum selbst hat zunächst einmal den wirtschaftlichen Liberalismus umgebracht. Seine Politik war es, die immer wieder die von der Arbeiterschaft getragenen Versuche zur internationalen Verständigung zunichte machte, und sein kurzsichtiger wirtschaftlicher und politischer Nationalismus hat die Welt in die Krise hineingetrieben. Heute glaubt einfach niemand mehr daran, die Welt könne mit den alten Mitteln des freien Wettbewerbes wieder aufgebaut werden, und angesichts der gigantischen Zerstörungen, der drohenden Hungersnot in großen Teilen der Welt, der Völkerwanderungen von Millionen, des Zusammenbruchs des Verkehrswesens ist auf absehbare Zeit nicht daran zu denken, ohne eine durchgreifende Organisation des Wirtschaftslebens auszukommen. Den hungernden Berlinern, den Holländern, die ihr überschwemmtes Land fruchtbar machen müssen, den Jugoslawen, die Tausende von Kilometern an Eisenbahnen neu bauen müssen, ist mit dem Hinweis auf die Überlegenheit des Wettbewerbssystems nicht zu helfen — gar nicht zu reden von den Problemen, die jetzt in Ostasien vielleicht einen Drittel der Menschheit betreffen.

Die Krise und der Krieg haben die liberale Wirtschaftspolitik erschlagen. Der ökonomische Liberalismus ist tot — unwiderruflich tot. Man mag es bedauern oder begrüßen, man kann es nicht ändern und muß sich damit abfinden.

Die einzige Frage, die uns heute noch interessiert, muß anders gestellt werden, als Hayek dies tut: Ist es nicht möglich, aus dem Nachlaß des Liberalismus noch etwas für die Gegenwart zu retten?

Das Erbe des Liberalismus

Vor allem gilt es, die Verbindung zwischen weltanschaulichem und wirtschaftlichem Liberalismus zu lösen, die sich gerade in der letzten Periode als so verhängnisvoll erwiesen hat. Gerade weil man sich klar darüber sein muß, daß auch nur annäherungsweise keine freie Wirtschaft mehr möglich ist, sondern weil das Problem nur mehr so steht, ob die Monopole im privaten oder im öffentlichen Interesse ausgenützt werden sollen, ist mit dem wirtschaftlichen auch der weltanschauliche Liberalismus in Mißkredit geraten.

Hayek versucht nachzuweisen, daß die Wettbewerbswirtschaft Vorteile vor dem heutigen Zustand hat. Der Nachweis ist nicht schwer zu führen, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine größere Beweglichkeit der Wirtschaft, insbesondere der Freihandel und die Beseitigung der Devisenbewirtschaftung, von Segen wären. Kein vernünftiger Sozialist wird Organisation um der Organisation willen schätzen, und keiner wird Kriegswirtschaft mit Sozialismus verwechseln. In den meisten Ländern wird die Bevölkerung erst dann an den Frieden glauben, wenn die Rationierung aufgehoben ist.

Aber ist das eine Rückkehr zu einer freien Marktwirtschaft? Kann man die ungeheure Zusammenballung der wirtschaftlichen Macht in weni-

gen Händen rückgängig machen, die durch die zwei Weltkriege ins Ungemessene gesteigert worden ist? Wie kann man heute leugnen wollen, daß die Marxsche Konzentrationstheorie richtig ist? Bildet sich Hayek ein, die großen kapitalistischen Gebilde, wie die Standard Oil, der amerikanische Stahltrust, der Lever-Konzern oder die internationalen Organisationen in der Rohstoffproduktion (Gummi, Zinn, Zucker usw.) würden sich freiwillig auflösen? Oder die Interessenten in den einzelnen Ländern, die Agrarier an der Spitze, würden damit aufhören, ihre politische Macht in wirtschaftliche Vorteile umzumünzen? Es ist doch einfach nicht wahr, daß heute nur noch die Alternative lautet: Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, sondern sie heißt: private Monopole oder sozialistische Planwirtschaft.

Wenn es irgendwo auf der Welt ein Bürgertum gäbe, gewillt und stark genug, für Freihandel und freie Marktwirtschaft zu kämpfen, dann könnte man in die Erörterung der Frage eintreten, ob Liberalismus oder Sozialismus das bessere System ist. Aber *diese* Frage hat die Geschichte entschieden, und es bleibt nur die zweite, ob wir den weltanschaulichen Teil des Liberalismus im Sozialismus bewahren oder ob wir dem totalitären oder kollektivistischen Geist auf diesem Gebiete nachgeben sollen.

Ich glaube, die Entscheidung dieser Frage bedarf keiner Erörterung; auch sie ist durch die geschichtliche Entwicklung entschieden worden. Wir, die wir uns demokratische Sozialisten nennen, haben den Sozialismus nie als Selbstzweck, nie um der Lust am Planen und Organisieren willen, nicht einmal so sehr wegen der Produktion größerer Reichtümer angestrebt, sondern um der Persönlichkeit des einzelnen willen, um ihm die persönliche Freiheit, die Möglichkeit der vollen Entfaltung seiner Fähigkeiten, die Sicherheit seines Daseins zu gewährleisten.

Dieses Ideal haben wir dem Liberalismus entnommen, und insofern wird der Liberalismus im Sozialismus fortleben. Wir haben heute mehr denn je Veranlassung, dieses Ideal in den Vordergrund zu stellen. Die Erfahrungen, die die Welt mit der Zerstörung der persönlichen Freiheit im Faschismus gemacht hat, sind allzu bitter, als daß wir uns eine Wiederholung dieses Experiments gestatten könnten. Darum müssen auch im Sozialismus alle Konzessionen an einen «geistigen Kollektivismus» aufhören, wie das Gerede von «formaler Demokratie», die Nachahmung des Proletkults usw. Nicht die «Vermassung», sondern die Individualisierung der Kultur tut not.

Damit wir den Faschismus sicher austilgen, ist zweierlei nötig: die Herstellung der wirtschaftlichen Sicherheit, die uns vor der Deklassierung von Millionen schützt, und die Erziehung der Massen zu freien, verantwortungsbewußten Menschen.

Die erste Aufgabe kann nur der Sozialismus lösen. Es würde den Rahmen dieser ohnehin schon ausgedehnten Untersuchung sprengen, wollte ich die Möglichkeiten sozialistischer Organisation erörtern. Hier sei nur so viel gesagt, daß mir nicht die Schaffung bürokratischer, starrer Organisationen vorschwebt, sondern solche elastischer Art, die sich den *Bedürfnissen des Konsums* anzupassen haben und nicht nach dem Vorbild von Monopolen wirtschaften, sondern soweit möglich die Vorteile der

Marktwirtschaft, vor allem die Tendenz zur Preisherabsetzung und zur Konsumerweiterung, beibehalten. Die Rolle der Konkurrenz wird in gewissem Umfang durch die öffentliche Kritik ersetzt werden müssen. Gerade dazu ist die weitestgehende Demokratie erforderlich, also eine völlige Abkehr von totalitären Gedankengängen. Die Erziehung zur Selbstverantwortung ist aber auch deshalb unumgänglich, weil der Fortfall der Profitwirtschaft und der wirtschaftlichen Not andere Arbeitsantriebe notwendig macht. Würde die sozialistische Wirtschaft infolge fehlerhafter Organisation oder infolge des Nachlassens der Arbeitsintensität und Produktivität schlechter wirtschaften als eine privatkapitalistische, so wäre sie zweifellos bald wieder verschwunden.

Der Sozialismus ist jetzt in ein Stadium getreten, in dem er nicht mehr die Angelegenheit einer einzelnen Klasse bleiben kann. Selbstverständlich wird das industrielle Proletariat immer der eigentliche Träger der sozialistischen Bewegung bleiben, aber die Entwicklung zum totalen Staat hat bewiesen, daß es alle Klassen gleichmäßig angeht, in wessen Hand die Staatsmacht ist, und in wessen Interesse sie zur Organisation der Wirtschaft eingesetzt wird. Wenn sich die Bauernschaft, die Intellektuellen, der Mittelstand, ja ich wage zu sagen, wenn sich das Bürgertum selbst davor schützen wollen, von einer Handvoll Monopolisten und von in ihrem Sold stehenden Landsknechten (oder, was im wesentlichen auf dasselbe hinausläuft, von diesen Landsknechten zusammen mit den von ihnen geförderten Monopolisten) politisch mißbraucht und wirtschaftlich ausgebeutet zu werden, dann müssen sie die Sache der Organisation der Wirtschaft zu der ihren machen und mithelfen, daß sie wirklich im Allgemeininteresse geführt wird. Wir dürfen tatsächlich — Hayek hat recht, wenn er auf diese Gefahr hinweist — nicht die Augen vor der Möglichkeit verschließen, daß die Arbeiter eines sozialisierten Industriezweiges ihre Stellung zur Ausbeutung des Konsumenten mißbrauchen. Das wird am wirksamsten vermieden, wenn nicht einzelne Schichten widerstrebend abseits stehen, sondern alle gemeinsam an dem großen Werk arbeiten.

Es ist verständlich, wenn die Verehrer einer großen jahrhundertealten Tradition nur mit Wehmut von ihr Abschied nehmen, aber die heute noch existierenden Vertreter eines echten Liberalismus tun besser daran, die Tatsachen so zu sehen, wie sie sind, statt sich mit nutzlosen Sehnsüchten nach unwiederbringlich Vergangenen abzugeben. Wohl ist der Liberalismus als Partei, als wirtschaftliche Anschauung tot, aber das Beispiel nicht nur Englands, sondern auch Schwedens und noch so mancher anderer Länder zeigt, daß sein Absterben nicht ein Verschwinden bedeutet, sondern nur eine Verwandlung: der Geist des sozialen Liberalismus hat *alle* Parteien so durchtränkt, daß die Existenz einer eigenen liberalen Partei überflüssig geworden ist.

Wenn aber heute ein englischer Liberaler vor der Wahl steht, auf wessen Seite er sich stellen soll, auf die der Konservativen oder die der Arbeiterpartei — er wird nicht lange zögern und sich für Labour entscheiden. Wir sind davon überzeugt, daß auch die Geschichte nicht zaudern wird, ihre Entscheidung im gleichen Sinne zu fällen.